

Entwurf des Parteiprogrammes der Bewegung für Wandel und Fortschritt



Präambel

Die Vertreter des Bundesverbandes BWF beschließen hiermit, den Menschen und die Familie wieder in den Mittelpunkt aller Politik zu stellen. Der wichtigste Garant für unsere gesellschaftliche Zukunft sind unsere Kinder – und wir sehen es als unsere Aufgabe, allen Mitgliedern unseres Staates diese Verantwortung beständig vor Augen zu führen. Dementsprechend erklärten die Mitglieder unserer Partei, der BWF, mit heutigem Beschluss folgende Forderungen umzusetzen.

Artikel 1

Die Demokratie wie die Verfassung ist Garant einer lebenswerten Zukunft.

[→ weiterlesen](#)

Artikel 2

Meinungs - und Versammlungsfreiheit ist als höchstes Gut unserer Demokratie garantiert.

[→ weiterlesen](#)

Artikel 3

Die Erziehung und Ausbildung muss auf das uneingeschränkte Wohl des Kindes abgestimmt werden.

[→ weiterlesen](#)

Artikel 4

Ein Geschäft mit der Gesundheit des Menschen darf es nicht geben.

[→ weiterlesen](#)

Artikel 5

Förderung des Mittelstandes, dem Industriestandort Deutschland und einer gesunden Landwirtschaft

[→ weiterlesen](#)

Artikel 6

Schutz von Umwelt und Natur

[→ weiterlesen](#)

Artikel 7

friedliche Kooperation ist Grundlage unserer Außenpolitik

[→ weiterlesen](#)

Artikel 8

Migration und ihre Problematik

[→ weiterlesen](#)

Artikel 9

Steuern, Rente und Soziales

[→ weiterlesen](#)

zu Artikel 1 : Die Demokratie wie die Verfassung ist Garant einer lebenswerten Zukunft.

- 1. Um diesen Weg zu beschreiten, müssen wir erst einmal bei uns selbst beginnen. Das bedeutet, Mitglieder, die sich als Kandidaten für ein Parlament aufstellen lassen möchten, müssen eine entsprechende Bildung und Lebenserfahrung besitzen, es also nicht nur wollen, sondern ebenfalls können.
- 2. Ein jeder Kandidat sollte erst einmal 5 Jahre im Berufsleben stehen und mit eigenen Händen seinen Lebensunterhalt verdient haben. Nach Ablauf von 2 Legislaturperioden im Land – oder Bundestag, sollte das Mandat abgegeben werden. Hier ist jedoch möglichst im alten Beruf wieder einzusteigen und nicht wie z.Zt. allgemein üblich, einen Posten im Regierungsnahen Geschäft zu ergattern.
- 3. Mandatsbezogene Nebengeschäfte (welche, sind in der Geschäftsordnung geregelt) sind zwar notwendig, um über Netzwerke Informationen zu bekommen. Allerdings sind die Verdienste und Aufwandsentschädigungen zu 80% der Parteikasse zuzuführen. Der Hintergrund: Das Mandat, welches mit der Wahl erlangt wurde, ist die absolute Hauptaufgabe. Hierfür wurde man gewählt.
- 4. Als Mandatsträger übernimmt ein jeder Verantwortung für seine Tätigkeit und sein Handeln. Das bedeutet, auch haftbar auch mit dem eigenen Privatvermögen (wie es auch in der Wirtschaft allgemein üblich ist) für die eigenen Fehlentscheidungen zu sein und in der Konsequenz gleichfalls innerhalb einer Legislaturperiode zurückzutreten bzw. abgewählt werden zu können.
- 5. Wahlen, von kommunalen Parlamenten bis hin zu den Regierungsvertretern sind neu zu regeln und nicht über Listen oder Parteien. In diesem Zusammenhang sind Spenden strikt zu begrenzen und die staatliche Parteienfinanzierung abzuschaffen.
- 6. Der Bundestag ist auf ca. 400 Personen zu begrenzen. Die Anzahl der Bundesministerien ist auf 10 zu reduzieren, dabei beträgt die Anzahl der Staatssekretäre maximal zwei je Ministerium. Ein unnötiger, sehr teurer Verwaltungsapparat auf Kosten der Steuerzahler ist unnötig.
- 7. Das Grundgesetz in der Fassung vom 23. Mai 1949 ist bis zu einer Volksabstimmung zu einer neuen Verfassung laut Artikel 146 des GG zu garantieren und nicht parlamentarisch zu ändern.
- 8. Die neu zu beschließende Verfassung unterliegt in Gänze der Ewigkeitsklausel.
- 9. Wer in diesen Zusammenhängen gegen seinen Amtseid (z.B. Schaden vom deutschen Volk abzuwenden) und damit das Grundgesetz verstößt, muß sofort von seinem Amt zurücktreten.
- 10. In Deutschland wurde die NS – Zeit bis heute nie richtig und ehrlich aufgearbeitet wie auch die kompletten Hintergründe, „Kriege haben viele Väter“. Das Gleiche trifft auf die „Coronakrise“ zu, einen der größten Medizinskandale. Hier muß aufgeklärt und aufgearbeitet, die

11. Verantwortlichen zu Konsequenzen gezwungen werden. Passiert es nicht, wird diese menschenverachtende Politik sich wiederholen. Ohne diese Aufarbeitung können wir aus den Fehlern nicht lernen.

- 12. Grundsätzlich ist zwingend Basisdemokratie der Leitfaden allen Handelns.

→ zurück

Zu Artikel 2: Meinungs – und Versammlungsfreiheit ist als höchstes Gut unserer Demokratie garantiert.

- 1. „Beamtinnen und Beamte haben folgenden Diensteid zu leisten: "Ich schwöre, das Grundgesetz und alle in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Gesetze zu wahren und meine Amtspflichten gewissenhaft zu erfüllen." Dies ist der Eid, den jeder Polizist, jeder Beamte schwören muß. Verfehlungen führen zu sofortiger Suspendierung. Damit muß sichergestellt werden, daß – wie z.B. die Polizei – unsere Organe für das Volk arbeiten und nicht für eine Regierung, das Vertrauen in unsere Organe wieder hergestellt wird.
- 2. Richter und Staatsanwälte sind für ihr Amt durch offene Wahlen auf Zeit zu bestätigen. Politik, also Innenministerien ist es verboten, hier Einfluß zu nehmen. Das Gleiche gilt für laufende Verfahren. Verfehlungen sind strafbare Handlungen und sind als solche zu ahnden. Zum Beispiel dürfen deutsche Gerichte keine internationalen Haftbefehle ausstellen, da unsere Justiz nicht unabhängig ist. Daher diese Reformen. Das Beamtentum in Deutschland ist auf das absolut Notwendige zu reduzieren.
- 3. Meinungsfreiheit ist eines unserer höchsten Güter. Aktuell ist sie aber stark durch Politik und herrschende Mainstreammedien stark eingeschränkt. Es gelten nur noch Ideologien, die nicht mehr in Streitkultur diskutiert werden dürfen. Dabei sind die Altparteien führend. Haß und Hetze kommen nicht aus der Opposition, sondern aus der Regierung. Wenn man die Fakten analysiert, stellen wir fest, daß die herrschende Politik bereits totalitäre Züge aufweist. Berthold Brecht sagte: „Wenn Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht.“ In diesem Sinne ist es unserer aller Aufgabe, unsere Rechte zu verteidigen.
- 4. Im Kontext ist auch die Presse und sind die Medien allgemein zu betrachten. Als vierte Gewalt muss Pressefreiheit garantiert werden. Aber – Pressefreiheit und ihr Auftrag in einer Demokratie bedeutet wahrheitsgemäß und neutral ALLE Fakten darzustellen. In der Vergangenheit ist dies immer weniger erfolgt. Beispielsweise unter Bezug auf die Ukraine sogar sträflich verfälscht, denn jeder Krieg hat eine Vorgeschichte. Das Ergebnis sind gravierende Einbußen in der Wirtschaft unseres Landes und ein unmenschlicher Krieg in der Ukraine, menschliche Tragödien sind nicht mehr beschreibbar. Somit ist Diplomatie das einzige Mittel und keine zusätzlichen Waffenlieferungen.
- 5. Die Gefahren für eine Demokratie, die derzeit von der Presse ausgehen, in dem sich die Presse teilweise als 1. Macht im Staate sieht, sind nicht zu unterschätzen. Daher muss die Kontrolle der Medien durch das Volk erfolgen und nicht durch Parteien oder Privatpersonen.

- 6. Die Medien müssen bei Strafandrohung verpflichtet werden, objektiv zu berichten. Wie sie Fakten kommentieren, sei eine andere Frage, wenn die Fakten vollständig der Öffentlichkeit mitgeteilt sind. Die Unabhängigkeit der Presse ist zu garantieren.
- 7. Versammlungsfreiheit ist ebenso ein Ausdruck einer gesunden Demokratie. Sie wurde allerdings in den vergangenen Jahren mehrfach direkt und massiv eingeschränkt. Und genau das sind erste Zeichen eines totalitären Staates. Somit ist alles zu unternehmen, um Wiederholungen zu vermeiden.

→ zurück

Zu Artikel 3 : Die Erziehung und Ausbildung muss auf das uneingeschränkte Wohl des Kindes abgestimmt werden.

- 1. Um die vorangegangenen wie auch folgenden Forderungen mit Leben zu erfüllen, ist es notwendig, allen Menschen unserer Gesellschaft, vom Kind bis zum Erwachsenen, die Grundlagen, also das notwendige Wissen zu vermitteln. Dazu ist eine grundlegende Reform des gesamten Bildungswesens absolute Notwendigkeit, Beispiele folgen jetzt.
- 2. Verbesserung der Lehrerbildung in den Bereichen Pädagogik, Didaktik, Kinder- und Jugendpsychologie, Erzieher und Lehrer müssen Vorbild in der Gesellschaft sein. Lehrerbildung soll nicht an privaten, sondern an staatlichen Akademien erfolgen.
- 3. Aufwertung des Erzieher – und Lehrerberufes im Rahmen der gesellschaftlichen Anerkennung und der Entlohnung; Generell Festanstellung der angestellten Lehrkräfte wie Sozialpädagogen und Erzieher und keine befristeten Verträge;
- 4. Eine immer mehr streng ökonomische Ausrichtung der Bildung ist zu beenden, dafür ist fachübergreifendes Denken zu fördern. Stärkung des Deutsch- und Literaturunterrichtes, Stärkung von Geschichte-, Philosophie-, Ethik-, Kunst- und Musikunterricht – gleichwertig zu den Naturwissenschaften und unter Einbezug der „alten Dichter und Denker“- Schule = Allgemeinbildung .
- 5. Schaffung gleicher und adäquater Lernbedingungen in allen Bildungseinrichtungen ohne Ausnahme; Zu schnelles und unkoordiniertes Abweichen von bewährten Konzepten in der Bildung beenden; Nicht Politik, nicht Kapital, nur Erzieher, Lehrer, Eltern und Wissenschaften sind verantwortlich für Bildung, Politik setzt nur den Rahmen; Finanzierungsmittel der Privatwirtschaft haben an allen staatlichen Bildungseinrichtungen incl. Universitäten nichts zu suchen, um deren Unabhängigkeit in Bildung und Forschung zu gewährleisten. Der Grundlagenforschung ist Vorrang vor der Angewandten zu geben.
- 6. Vorschulische Bildung in Kindergärten muß sich an ganzheitlicher Pädagogik orientieren. Reizüberflutung durch neue Medien wie TV-Werbung, Computerspiele, Handy u.v.m., Folgen: fehlende Medien - und Sozialkompetenz, Lösungswege sind notwendig, dem entgegen - zuwirken. Des Gleichen ist Frühsexualisierung zu unterbinden ebenso wie Gendern und die damit verbundenen Geschlechterprobleme.

- **7. Ziel der Bildung:** Kindern und Jugendlichen die Grundlagen zu vermitteln, sich zu selbstständig denkenden und handelnden Menschen im humanistischen Sinne entwickeln zu können, kreativ ihr Leben zu gestalten und sich als aktives Mitglied der Gesellschaft zu begreifen. Sie sollen mit den vermittelten Grundlagen wieder lernen, Fakten zu prüfen und Streitkultur zu führen.
- **8. Einführung eines verbindlichen Ethikunterrichtes** ab der 1. Klasse, in dem die Grundlagen des Lebens in unserer Gesellschaft und alle Religionen in ihrer Entstehung, ihrer geschichtlichen Entwicklung und ihrer heutigen Rolle in unserer Gesellschaft gelehrt werden. Nur dann sind Kinder und Jugendliche verschiedener Religionen und ethnischer Zugehörigkeiten in der Lage, eine gemeinsame Basis des Zusammenlebens zu entwickeln. Getrennter Religionsunterricht in der sich wandelnden Gesellschaft bedeutet Ausgrenzung.
- **9. Ganztagschulen** nur bedarfsbedingt einführen, da Kinder Nachmittags Zeit für Hobby, Spiel und Freunde / Freundinnen benötigen, Hortbetreuung sollte ggf. vorgezogen werden und statt dessen Länderfinanziert sein..
- **10. Schaffung von attraktiven, staatlich finanzierten Freizeitangeboten** über z.B. Arbeitsgemeinschaften, Förderung des Breitensportes und Schaffung der notwendigen Grundlagen wie Sport – und Bolzplätzen, AG – Leitungen und Trainer, vorwiegend in Festanstellung und mit guter Ausbildung.
- **11. Stärkung der Grund- und Realschulen** mit einheitlichen Lehrplänen in Inhalt und Umsetzung und striktes Beenden von Gendern. Sprache und Schrift ist nicht nur Kulturgut, sondern Mittel zur Förderung der Intelligenz und eigenen Koordination wie der verbalen Ausdrucksweise.
- **12. Einheitliche Lehrpläne** in Inhalt und Umsetzung; Wechsel auf das Gymnasium frühestens nach der 8. Klasse und nur von den Kindern, die qualitativ und seitens ihrer Motivation auch für das Gymnasium befähigt sind (beispielhaft sind zu sehen die Zahl der Studienabbrecher an den Universitäten)
- **13. Gemeinschafts- oder Gesamtschulen** nur in ländlichen Bereichen, in denen die Schülerzahlen nicht ausreichen oder punktuell in sozialen Brennpunkten. Lehrer/-innen in der notwendigen Qualifikation und Menge flächendeckend zu einer individuelle Förderung sind nicht vorhanden und werden es nicht sein.
- **14. Bessere Förderung der beruflichen Gymnasien**, sie sind kein Anhängsel, sondern ein wichtiger Bestandteil der Bildungslandschaft
- **15. Hoch – und Fachschulstudium** hatten sich bewährt und sollen das Bachelor – und Masterstudium wieder ersetzen, nicht schnelle Einkehr in die Wirtschaft ist notwendig, sondern qualifizierte;

- **16.** Förderung von freier Wissenschaft – staatlich finanzierte Forschungsergebnisse müssen frei verfügbar und quelloffen sein. Mehr Dauerstellen im akademischen Mittelbau – es muss, wie in anderen Ländern – Alternativen zur Professur geben. Daueraufgaben müssen mit Dauer -stellen bedient werden und eine akademische Karriere muss planbar sein, was auch Familien -planung mit einschließt, wenn wir der Abwanderung Hochqualifizierter entgegen wirken wollen.
- **17.** Musische Erziehung, die hauptsächlich in der Freizeit der Kinder erfolgt, aber auch in der Schule, ist zu fördern ebenso wie z.B. das Kulturgut unserer Gesellschaft wie Volkslieder und Tänze. Das Potential für die geistige Entwicklung der Kinder und Jugendlichen ist wissenschaftlich bewiesen.
- **18.** Förderung des Freizeitsportes und der Arbeitsgemeinschaften wie z.B. Modellbau, junge Forscher, u.s.w. zentralisiert mit Fachpersonal in Durchführung und Anleitung. Das sind hier nur einige Beispiele.
- **19.** Ein Ende der sinnlosen Digitalisierung in Kitas und Schulen. Es gibt genügend evaluierte Studien von Pädagogen und Wissenschaftlern aus allen Bereichen, daß dies mit eine der großen Ursachen der Leistungsverluste bei unseren Kindern und Jugendlichen ist.
- **20.** Kein Land gibt Cash in Form von Kindergeld, Steuervergünstigungen in Form des Kinderfreibetrages, weiterer absetzbarer Betreuungskosten (z.B. Au-Pair), Schulgeld bei Privatschulen u.v.a. mehr Familien in die Hand als die Bundesrepublik. Würden diese Gelder sinnvoller eingesetzt, z.B. kostenlose KiTa, kostenfreies und gesundes Mittagessen für die Kinder, endgültige Durchsetzung der Lernmittelfreiheit, kostenfreie Schülerbeförderung, u.v.m., wären diese Mittel wesentlich besser genutzt.

→ zurück

Zu Artikel 4 : Ein Geschäft mit der Gesundheit des Menschen darf es nicht geben.

- **1.** Gesundheitspolitik, bei diesem Begriff handelt es sich gegenwärtig um Krankheitspolitik. Prävention muß im Sinne von Gesundheit gefördert werden wie alternative Heilmethoden. Prinzipiell ist der Mensch wieder als Mensch und nicht als „Kunde“ zu betrachten. Auch hier kein TISA – Abkommen, denn Privatisierungen im Gesundheitswesen sind in großen Teilen kein Fort -, sondern ein Rückschritt, Gewinnmaximierung vor Humanismus.
- **2.** Alle Bereiche im Gesundheitswesen, wie z.B. Prävention, Behandlung, Heilung und Pflege sind nicht in erster Linie kostentechnisch zu betrachten, sondern „wie kann der größtmögliche Nutzen für den Patienten“ erreicht werden.
- **3.** Personalschlüssel in Kliniken und Pflegeheimen müssen dringend geprüft werden. Das Honorar der Ärzte – keine Fallpauschalen, sondern gerechte Bezahlung.
- **4.** Rekommunalisierung bereits privatisierter Krankenhäuser. Gesundheit kann über keine Aktiengesellschaft berechnet werden. In diesem Zusammenhang sei auch über die Frage nachzudenken, Forschungen und Produktion in den Bereichen Pharma und der folgenden

Heilbehandlung in staatlichem Besitz zu etablieren. Solange die Pharmaindustrie Gewinn erzielen will, wird sie nie im Wohle der Patienten handeln. So werden zur Heilung seltener Krankheiten kaum Forschungen betrieben, da es ein Verlustgeschäft darstellt.

- 5. Die Anzahl der Krankenkassen ist auf ein absolutes Minimum zu reduzieren. Die Honorare der Ärzte sind überall gleich, Behandlungen und Medikationen ebenfalls. Anerkannte Präventionsmaßnahmen könnten vereinheitlicht werden. Wo bitte ist dann ein Wettbewerb notwendig? Die Gelder für Werbung und Personal könnten besser in Service und Behandlung eingesetzt werden.
- 6. Die Ausbildung als Arzt ist staatlich finanziert und sehr teuer, jedoch müssen Ärzte überbordenden Bürokratie abarbeiten, anstatt für den Patienten dazusein – daher Bürokratieabbau. Dann erübrigt sich eventuell auch die Frage nach dem Rückgang des Interesses an diesem Beruf.
- 7. Das Einzahlen der Beiträge aller verdienenden Bürgerinnen und Bürger unserer Bundesrepublik in die Sozialtöpfe. Wir benötigen keine privaten Krankenkassen, die in der Regel ihre Patienten nur schröpfen, aber deren Beiträge im Gesamthaushalt fehlen. Alle Mitglieder der Gesellschaft haben in den gleichen Sozialfond einzuzahlen.
- 8. Es benötigt grundlegende Reformen in der gesamten medizinischen Versorgung bis hin zur Pflege. Zwei Beispiele: Die Einrichtung von Polikliniken in der ehemaligen DDR hatten sich generell bewährt. Zweitens: Pflegeeinrichtungen generell staatlich, da in diesem Falle keine Gewinne erzielt werden müssen und Pflegekosten um ein vielfaches geringer werden können.
- 9. Es gibt noch viele Probleme zu bearbeiten (Bsp. Ärzte aus dem Ausland) und wie bereits gesagt, alternative Medizin, Prävention statt Folgenbehandlung, der Mensch im Mittelpunkt. Beispielsweise sind Minister wie Karl Lauterbach oder Jens Span nicht willens und in der Lage, diese Veränderungen herbeizuführen, da ihnen der Lobbyismus wichtiger ist als das Wohl der Gesellschaft.

→ zurück

[Zu Artikel 5 : Förderung des Mittelstandes, dem Industriestandort Deutschland und einer gesunden Landwirtschaft](#)

- 1. Betreffs wirtschaftlicher Entwicklung ist die schnellere Förderung des Binnenmarktes ein Fakt. Besondere Bedeutung kommt der mittelständigen Industrie und dem Handwerk zu. Um keine Marktverzerrungen zuzulassen, sind die Freihandelsabkommen wie TTIP, CETA und TISA nicht zu ratifizieren. Erläuterungen zu den Problemen der Abkommen erfolgen ggf. in einem separaten Link.
- 2. Eine absolute Förderung benötigt der Mittelstand Deutschlands als Motor der Entwicklung, als die, welche die meisten Steuern zahlen wie den größten Teil der Arbeitnehmer beschäftigen. Gleichzeitig leistet der Mittelstand den höchsten Anteil der Innovationen.
- 3. Notwendig ist in erster Linie eine Entbürokratisierung, vereinfachtes Bereitstellen von Fremdmitteln und Risikokapital. Bauvorschriften müssen entschlackt werden und parallel

muß die duale Bildung forciert und beworben sein, um dem Fachkräftemangel entgegen zu wirken. Verwiesen wir auf Artikel 3. Richtig werden nur die Gymnasien beworben. Deren Abgänger (und lassen wir einmal die Bildungsqualität besser im Schubfach) wollen studieren. Mit welchem negativen Erfolg kann ein Jeder in Statistiken verfolgen. Benötigt werden allerdings nicht Millionen Ingenieure, sondern Fachkräfte im Handwerk und in qualifizierten Produktionsprozessen.

- **4.** Um gute Rahmenbedingungen zu schaffen, braucht es eine friedliche Koexistenz mit allen Ländern – auch und gerade mit Russland. Preiswerte Energie und Rohstoffe bilden die Grundlage ebenso wie der Handel. In diesem Zusammenhang ist der Ausstieg aus der jetzigen EU notwendig. Der viel gepriesene Export Deutschlands ist bereits in das Gegenteil umgeschlagen. Der Außenhandelsüberschuß führte und führt zu einem Mittelabfluß in Größenordnungen, die nicht mehr darstellbar sind, da Exporte, die überschüssig zu den Importen sind, durch die Empfänger nicht bezahlt werden – Bank für internationalen Zahlungsausgleich und die Geschäftsgrundlagen.
- **5.** In der Landwirtschaft ist der Wandel zur Industrieproduktion (z.B. Vertikalproduktion in Hochhäusern, Insekten als Nahrungsmittel) der falsche Weg. Ernährungssicherheit und ökologisch gesunde Tierzucht und Pflanzenproduktion in herkömmlicher Weise ist unsere Grundlage. Der gewollte Wandel ist energieintensiv, gentechnisch manipuliert und nützt nur den großen Lebensmittelkonzernen.
- **6.** Eine der größten Aufgaben dabei ist, dem Bauernsterben entgegenzuwirken und eine dem Klein- und Mittelbauern nützende Subventionspolitik. Der Wert der Nahrungsmittel und ihrer Inhaltsstoffe ist nur im ökologischen Landbau, in ökologischer Produktion tatsächlich wert zu schätzen und darauf hin auszurichten.
- **7.** Hinsichtlich des Insektensterbens wie dem Erhalt unserer Natur und natürlichen Landwirtschaft sind Pestizide wie zum Beispiel Glyphosat und weiteren Experimenten zu verbieten.
- **8.** Eine entwickelte Gesellschaft kann im Übrigen ruhig ein wenig schrumpfen. Durch z.B. Rationalisierung und Modernisierung in Industrie, Handel und Verwaltung werden immer mehr Arbeitskräfte freigesetzt. Die Dienstleistung kann das aber nur teilweise auffangen. Hier sind Lösungen zwingend erforderlich.

→ zurück

[zu Artikel 6 : Schutz von Umwelt und Natur](#)

- **1.** Der Schutz von Umwelt und Natur liegt in unser aller eigenstem Interesse. Hier sind Konzepte vorrangig zu entwickeln, wie unsere Gesellschaft weiter – und überleben kann, ohne wesentlich unsere Standards zu verlieren. Es bedeutet eine Abkehr von dem Prinzip des „Wachstums“ als absolute Grundlage der Wirtschaft. Die Folgen der Wachstumspolitik sind die absolute Zerstörung unserer Lebensgrundlagen.
- **2.** Der Sinn unseres Lebens liegt definitiv nicht nur im Konsum. Er gehört zwar zu unserem Leben, denn wir brauchen Lebensmittel, Kleidung, Kommunikation und andere Dinge. Jedoch

die Art und Weise, wie wir unseren Konsum gestalten, müssen wir ändern. Dazu gehört auch der Einsatz aller Ressourcen.

- **3.** Wir brauchen keine Stromleitungen von tausenden Kilometern. Energieversorgung muss dezentral erfolgen. Ebenso gibt es keinen Platz für Fracking in Deutschland oder irgendeinem anderen Land der Erde. Es ist prinzipiell zu verbieten. Die Umgestaltung der Energieversorgung muß nach neuesten Erkenntnissen und den tatsächlichen Erfordernissen erfolgen. Es muß ein gesunder Energiemix aus umweltfreundlichen Ressourcen und Atomstrom erfolgen. Der dezentralen Energieversorgung ist Priorität zu geben.
- **4.** Das sinnlose Aufstellen von Windkraftanlagen und Solarparks auf der grünen Wiese muß aufhören. Erstens ist CO² kein Problem für unsere Umwelt, sondern als Lebensspender für unserer Flora lebenswichtig. Im Gegenteil führt unter anderem der CO² – Zertifikatehandel nur zu einer Gewinnmaximierung der Großen und nicht zu Spareffekten.
- **5.** Alternative Energieversorgung liegt zum Beispiel in Flüssigsalzreaktoren bzw. Thorium – Reaktoren, eine preiswerte, dezentrale Versorgung. Erstens können Sie die alten und verbrauchten Brennstäbe aus den Endlagern als Brennstoff nutzen und damit recyceln und zum zweiten ist auf Grund der Technologie ein Gau ausgeschlossen. Damit entsteht die Forderung, als Technologiestandort die Atomforschung wieder zu forcieren.
- **6.** Deutschland und die Staatengemeinschaft müssen alle Möglichkeiten nutzen, um weiteren Abholzungen der Regenwälder wirksam entgegenzuwirken und bereits vorhandene „Naturbrachen“ wieder zu renaturieren. Den Lebensmittelketten in ihrem Preiskampf ist Einhalt zu gebieten. Gewisse Mindestpreise sind notwendig, um ökologische Lebensmittelproduktion zu garantieren und Arbeitsplätze zu erhalten.
- **7.** Saatgutkonzerne, wie zum Beispiel Monsanto und DuPont, müssen verpflichtet werden, vorrangig im Interesse der Menschheit und des Natur- und Gesundheitsschutzes zu forschen und zu arbeiten. Wollen sie es nicht, ist für sie kein Platz.
- **8.** Subventionen in der Landwirtschaft können nur dann gegeben werden, wenn ökologische Vorteile mit ihnen erreicht werden oder der Schutz von Landwirtschaften in Entwicklungsländern es erfordert. Sie dürfen in keinem Falle einer positiven ökologischen Entwicklung entgegenstehen. Hier sind Lösungen zwingend erforderlich.
- **9.** Die Bündelung der Ressourcen in der Forschung nach alternativen Energien und weiteren alternativen Grundlagen unseres Lebens ist stringent zu forcieren. Mittel hierzu sind in ausreichender Menge den Universitäten und staatlichen Einrichtungen durch den Staat zur Verfügung zu stellen, deren Verwendung ist zu kontrollieren und sie dürfen nicht Lobbyinteressen der Privatwirtschaft dienen.
- **10.** Herstellungs- und Verbraucherwege sind der Art zu gestalten, dass lange Transportwege im Sinne des Minderverbrauchs von Rohstoffen entfallen. Parallel werden die Wertschöpfungsketten an den Verbraucherstandorten konzentriert und schaffen regional Arbeitsplätze.
- **11.** Zukunftsweisende Verkehrskonzepte sind zu entwickeln, die z.B. den Rohstoff- und Warentransport optimieren – mittelfristig bis langfristig weg vom LKW als Massentransporter.

- **12.** Berufsverkehr kann und muss anders gestaltet werden, um attraktiv und eine echte, ökologisch sinnvolle Alternative zu sein;
- **13.** Subventionierung der Schaffung von Arbeitsplätzen in Ländern außerhalb Europa ist kontraproduktiv, Verlegung der Subventionen zur Schaffung attraktiver Arbeitsplätze in europäische Länder dagegen sinnvoll
- **14.** Der Handel mit Lebensmitteln an Aktienmärkten muss abgeschafft werden.
- **15.** Geoengineering ist zukünftig zu verbieten. Die langfristigen Folgen können in keinster Weise abgeschätzt werden. Auch ist unser Klima ein solch komplexes Gebilde, was bis heute noch nicht in Gänze begriffen oder logisch abgebildet bzw. berechnet werden kann.

→ zurück

[zu Artikel 7: friedliche Kooperation ist Grundlage unserer Außenpolitik](#)

- **1.** Friedliche Kooperation ist die Grundlage des Handels und der Politik in der Welt. Sie ist Grundlage der Existenz – mit allen Staaten – auch mit Staaten anderer Gesellschaftsformen.
- **2.** Damit verbunden ist der Ausstieg aus der NATO. Die NATO war in der Vergangenheit wie auch gegenwärtig der Garant für die Einmischung in fremde Staaten unter Führung der USA.
- Die NATO hat in ihrer derzeitigen Struktur ihre Existenzberechtigung verloren. So muß in Europa ein neues Sicherheitskonzept geschaffen werden. In ihm müssen alle europäischen Staaten gleichberechtigt vertreten sein.
- **3.** Die grundsätzliche Prämisse, kein deutscher Soldat auf fremdem Boden muß – gelehrt aus den vergangenen Erfahrungen – wieder absolute Maxime sein. Wir wollen nicht Kriegs – sondern Verteidigungsfähig sein.
- **4.** In diesem Zusammenhang sollte die Wehrpflicht wieder eingeführt werden. Allerdings wie bereits gesagt, lediglich im Rahmen der Verteidigungsfähigkeit unseres Landes. Sie trägt im übrigen dazu bei, soziales und gesellschaftliches Denken und Handeln zu fördern. Wir benötigen auch keine europäische Armee. Bei friedlicher Kooperation mit allen Partnerländern gibt es keine Bedrohung – siehe Schweiz.
- **5.** In diesem Zusammenhang ist der Besatzungsstatus seitens der USA zu beenden und alle fremden militärischen und geheimdienstlichen Einrichtungen haben die Bundesrepublik zu verlassen.
- **6.** In einer endlich multipolaren Welt ist es unsere Aufgabe, mit allen Ländern auf Augenhöhe zusammenzuarbeiten. Koloniales Ausbeuten von Rohstoffen oder anderen Erzeugnissen muß der Vergangenheit angehören.
- **7.** Ein Ende sinnloser Förderungen anderer Länder ist zu beenden. Diese Milliarden benötigen wir, um unser eigenes System wieder zu entwickeln, auf eine gesunde Basis zu stellen.

→ zurück

zu Artikel 8 : Migration und ihre Problematik

- **1.** Wer entsprechend den gültigen, international festgelegten Regeln aus politisch verfolgten Gründen Asyl in Deutschland beantragt und erhält, ist herzlich willkommen.
- **2.** Wer im Rahmen der EU – Freizügigkeitsregelungen, durch Heirat oder andere private Gründe in Deutschland leben möchte, sehr gerne. Aber dies nur dann, wenn die deutsche Sprache erlernt wird und die deutschen Gesetze und Regeln befolgt werden. Hierzu gehören ebenfalls die Gleichberechtigung der Frau und das aktive Teilnehmen an dem Leben in unserer Gesellschaft.
- **3.** Nutznießer der deutschen Sozialsysteme sollten nur Bürgerinnen und Bürger sein, welche in Deutschland ihren Beitrag durch Arbeit und Sozialabgaben wie auch Steuern leisten, oder Antrag auf Asyl beantragt und erhalten haben.
- **4.** Für anerkannte Asylsuchende lediglich Sachleistungen. Finanzielle erst dann, wenn Sie auch an unserem Steuer – und Sozialsystem teilnehmen. Wer keine Anerkennung bekommt, sofortige Rückführung in sein Heimatland.
- **5.** Nationalitäten oder Religionszugehörigkeiten spielen keine Rolle, sofern, wie unter Absatz 2 benannt, die Richtlinien des Zusammenlebens in unserer Gesellschaft akzeptiert und verinnerlicht werden.
- **6.** Integration ist auf allen Gebieten zu fördern. Ein wesentliches Mittel ist Bildung und die Förderung des Breitensportes. Leichtathletik und weitere Breitensportarten müssen staatlich etabliert, finanziert, organisiert und gefördert sein. In Schwerpunktkommunen ist ein separates Kultur- und Sportamt zu gründen und zu fördern, sofern es nicht vorhanden ist.
- **7.** Sprachförderung – auch und insbesondere bei Kindern, sie darf nicht zu Lasten von Schulunterricht gehen, sondern hat vor Einschulungen zu erfolgen.
- **8.** Einer „Ghettobildung“ ist durch kommunale Planung vorzubeugen. Wo sie bereits erfolgte, sind durch Sozialwohnungsbau, bei dem die Kommune Einfluss auf die Wohnungsbelegung besitzt, sozial ausgewogene, heterogene Verhältnisse wieder herzustellen. Einwanderung zu nutzen, um Lohn- und Sozialdumping zu betreiben, ist nicht zulässig.
- **9.** Integration bedeutet auch, deutsche Kinder und Jugendliche, die durch fehlende oder falsche Erziehung ihres Elternhauses neben der Gesellschaft landen, wieder zurück zu holen.
- **10.** Integrationsunwillige und Straftäter aus Migrantenkreisen sind sofort in ihre ehemalige Heimat zu überführen.

→ zurück

zu Artikel 9: Steuern, Rente und Soziales

- **1.** Deutschland erhebt von der Bevölkerung und dem Mittelstand die höchsten Steuern in der europäischen Union. Wenn wir aufhören, in Größenordnungen Mittel in andere Länder fließen zu lassen, können diese drastisch reduziert werden.
- **2.** Damit verbunden sind staatliche Großinvestitionen. Sie werden stümperhaft und wesentlich überteuert vorgenommen. Ob das die Deutsche Bahn, der BER oder die Autobahn GmbH ist, um nur 3 Beispiele zu nennen, könnten wir weiter kommen, wenn nicht abgewählte Politiker, sondern ausgewiesenen Fachkräfte mit entsprechender Reputation die Führung übernehmen.
- **3.** Die Steuerprogression ist gleichfalls endgültig zu beenden wie auch Vermögens – und Erbschaftssteuern in vernünftigen Maßen wieder eingeführt werden müssen, um die Schere zwischen Arm und Reich wieder zu normalisieren. In diesem Zusammenhang ist die Kapital – und Vermögenssteuer ab einem Besitz von 5 Mio. € wieder einzuführen. Das betrifft ebenso die Regelungen der Erbschaftssteuer, die überarbeitet werden müssen, um haltlose Kapitalvermehrung zu verhindern.
- **4.** Regelungen im Börsenrecht wie Leerverkäufe - auch mit Drittmitteln, Übernahmen durch Hedgefonds, Verrechnung von Gewinn und Verlust mit ausländischen Tochterfirmen sind zu verbieten. Steuern müssen dort gezahlt werden, wo die Wertschöpfung stattfindet.
- **5.** Im Europäischen Vergleich erhalten unsere Rentner die niedrigsten Renten. Jeder 5. Rentner in ist von Armut jetzt bereits bedroht und das ist noch nicht das Ende. In einer Gesellschaft wie der unsrigen ist es ein unhaltbarer Zustand – auch – daß diese noch versteuert werden müssen.
- **6.** Sinnvolle Förderung und Finanzierung der Arbeitslosen statt Gießkanne. In diesem Zusammenhang ein Beenden des überbordenden Bürokratismus.
- **7.** Der soziale Wohnungsbau stockt aus mehreren Gründen. Zum Ersten fehlende Grundstücke wie gestiegene Bauzinsen und Baukosten, die sich real über Mieten nicht mehr decken lassen. Weiterhin sind immense Bauvorschriften und Bürokratie ein weiteres Hindernis, dem dringendst entgegen gesteuert werden muß. Als nächstes werden viele Sozialwohnungen durch private Investoren erstellt. Damit fallen sie nach 15 Jahren aus der Bindung und stehen nur noch dem freien Wohnungsmarkt zur Verfügung. Darin begründet sind Sozialwohnungen ausschließlich durch kommunale und genossenschaftlich Unternehmen zu errichten. Und zum Schluß: zwischen 4 und 6 Mill. Flüchtlinge tragen ebenfalls zur Wohnungsknappheit immens bei – großen Teiles auf Kosten der Allgemeinheit. Wir können nicht die Welt retten und dabei die eigene Bevölkerung vergessen.
- **8.** Im Jahr 2022 lebten 16,7 Prozent der Menschen in Deutschland in Armut, 10,1 Prozent sogar in strenger Armut. 2010 lagen die beiden Quoten noch bei 14,5 bzw. 7,7 Prozent. Das bedeutet, die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander. Über ausgewogene Steuerpolitik, die in den Jahren vor 1990 bereits vorhanden war, ist ein gesunder Aus-

gleich möglich. Wir reden hier noch nicht von der Kinderarmut und den alleinerziehenden Müttern. Hier muß deutlich nachgelegt werden.

- 9. Seit der Finanzkrise und Corona ist unsere Gesellschaft kräftig gespalten, wurden Grundrechte massiv außer Kraft gesetzt, demokratische Grundlagen verletzt. Es ist daher eine gesamtgesellschaftliche Anstrengung zu unternehmen, wieder einen Konsens zu erreichen, eine grundsätzliche Aufarbeitung vorzunehmen, damit es nie wieder passiert.

[→ zurück](#)

Schlussbemerkung

Es wird eine Arbeit, die über Jahre und Jahrzehnte dauern wird, bis wir zu tiefgreifenden Erfolgen kommen werden. Gleichzeitig und immerwährend müssen Konzeptionen und Ziele auf die sich ständig verändernden gesellschaftlichen Entwicklungen und Bedingungen geprüft werden. Das beste was uns passieren kann, wenn eine grundsätzlich humanistische und freiheitliche, also dem Menschen zugewandte Gesellschaft errichtet werden konnte und wir unsere Partei damit auflösen können. Jedoch: Am Anfang steht der erste Schritt, den wir hier mit diesem Programm wie unserer Arbeit begehen.

„Die Normalität ist eine gepflasterte Straße; man kann gut darauf gehen - doch es wachsen keine Blumen auf ihr.“ [Vincent Willem van Gogh](#)

[→ zurück zum Hauptmenü](#)